

# Ständerat steht vor Gretchenfrage

## *Hürden bei Umsetzung der Zuwanderungsinitiative*

Nebst einer Verschärfung des «Inländervorrangs» prüft die ständerätliche Kommission auch eine allfällige Verfassungsrevision. Misst man den Ständerat an seinem eigenen Anspruch, müsste er ihr wohlgesinnt sein.

HEIDI GMÜR, BERN

Nach einer zweitägigen Sitzung hat die Staatspolitische Kommission (SPK) des Ständerats am Dienstag vorerst nur beschlossen, auf die Vorlage zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative einzutreten. Die Detailberatung, also die konkrete Auseinandersetzung mit der vom Nationalrat beschlossenen Meldepflicht offener Stellen an die Arbeitsvermittlungszentren («Inländervorrang light»), beginnt die Kommission erst Ende Monat. Man kann aber davon ausgehen, dass sie dabei den «Inländervorrang» verschärfen wird – allerdings nur so weit, als er das Personenfreizügigkeitsabkommen nicht infrage stellt.

Wie gross der Spielraum ist, ist auch unter Experten umstritten. Nun würde man sich zwar mit jeder Verschärfung automatisch auch dem Verfassungsauftrag annähern. Artikel 121a der Bundesverfassung schreibt bekanntlich vor, dass die Schweiz die Zuwanderung «eigenständig steuern» muss; dabei soll aber nicht nur ein Inländervorrang gelten, es sind auch Höchstzahlen und Kontingente festzulegen. Die Differenz zu diesem Zuwanderungsartikel dürfte daher gross bleiben. Die ständerätliche SPK prüft daher auch die Frage, ob man nicht die Verfassung anpassen müsste.

### Gegenvorschlag zu «Rasa»?

Deutlich abgelehnt hat sie nun zwar einen Antrag, mit dem das Parlament bereits im Dezember – parallel zur Gesetzesberatung – auch eine Verfassungsänderung hätte beschliessen können. Selbst Befürworter einer solchen Lösung räumten auf Anfrage ein, dass dies ein Murks gewesen wäre. So wären für die Vernehmlassung zur Verfassungsänderung bloss drei Tage Zeit geblieben. Angenommen hat die Kommission hingegen einen Antrag, wonach der Bundesrat der Kommission bis Ende Oktober Varianten eines direkten Gegenvorschlags zur Rasa-Initiative aufzeigen

soll. Die Rasa-Initiative will den Zuwanderungsartikel ersatzlos aus der Verfassung streichen. Der Bundesrat muss spätestens am 26. Oktober entscheiden, ob er selber einen direkten Gegenvorschlag zu Rasa ausarbeiten möchte oder nicht. Spricht er sich dagegen aus, wird sich die SPK des Ständerats dazu äussern müssen: «Macht der Bundesrat nichts, werde ich in der Kommission einen Antrag auf einen Gegenvorschlag stellen», sagt SP-Ständerat Hans Stöckli auf Anfrage. Support erhält er dabei von Andrea Caroni (fdp.), während sich etwa dessen Parteikollege Philipp Müller dazu noch nicht äussern wollte. Ob eine Verfassungsänderung nötig werde, könne man erst beurteilen, wenn das Gesetz zu Ende beraten sei.

### Ständerat legt die Latte hoch

Stöckli und Caroni gehen hingegen davon aus, dass die Differenz in jedem Fall zu gross bleiben wird, um von einer ausreichenden Umsetzung der Verfassung sprechen zu können. In diese Richtung äusserte sich auch Daniel Jositsch (sp.) am Dienstag im «Tages-Anzeiger». Ob sich in der Kommission und danach auch im Ständerat eine Mehrheit für eine Verfassungsrevision findet, ist derzeit unklar. Sicher ist, dass der Ständerat noch im Juni einen überaus strengen Massstab angelegt hatte, wenn es um die Achtung der Verfassung geht. Damals beriet er die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien – und sorgte dafür, dass der Bundesrat das Protokoll erst ratifizieren darf, wenn bei der Zuwanderung eine Lösung «besteht», die mit der Schweizer Rechtsordnung «vereinbar» ist.

SP-Chef Christian Levrat hatte damals als Kommissionssprecher das Wort geführt und das Parlament dabei an dessen Rolle als «Garant der Verfassung» ermahnt, zumal die Schweiz keine Verfassungsgerichtsbarkeit kenne. Ähnlich argumentierten Didier Berberat (sp.), Pirmin Bischof (cvp.), Jean-René Fournier (cvp.) und Karin Keller-Sutter (fdp.). **Damian Müller (fdp.) sagte: «Ziel muss sein, dass wir eine Lösung finden, die den Volkswillen respektiert und die verfassungsrechtlich kompatibel ist.»** Auch Brigitte Häberli-Koller (cvp.) und Thomas Hefti (fdp.) redeten einer strikten Verfassungstreue das Wort. Damit hat der Ständerat die Latte auch für die Zuwanderungsinitiative hoch gelegt.

*Schweiz, Seite 13*